

# AMTSBLATT

## für den Landkreis Celle



55. Jahrgang

Celle, den 01.07.2025

Nr. 53

### Inhalt

#### A. BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES

#### B. BEKANNTMACHUNGEN DER GEMEINDEN, SAMTGEMEINDEN, GEMEINDEFREIEN BEZIRKE UND ZWECKVERBÄNDE

- 548 Gemeinde Wietze, Beschluss über die Jahresrechnung 2021 der Gemeinde Wietze und über die Entlastung des Bürgermeisters
- 549 Gemeinde Faßberg, Satzung der Gemeinde Faßberg über die Entschädigung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Faßberg
- 550 Gemeinde Faßberg, Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Faßberg
- 551 Gemeinde Hohne, Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 9 „Solarpark Hohne-Süd“ der Gemeinde Hohne
- 553 Samtgemeinde Lachendorf, 55. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Ahnsbeck“ in der Gemeinde Ahnsbeck
- 554 Samtgemeinde Lachendorf, 62. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Hohne-Süd“ der Samtgemeinde Lachendorf
- 556 Gemeinde Wathlingen, Aufstellung der 4ten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „4-Generationen-Park“

#### C. BEKANNTMACHUNGEN ANDERER STELLEN

- 558 Kirchenamt Celle für die Ev.-luth. Kirchenkreise Celle, Soltau, Walsrode, Öffentliche Bekanntmachung des Kirchenamtes Celle für die Ev.-luth. Kirchenkreise Celle, Soltau, Walsrode der neuen Friedhofsordnung für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst in Eldingen nach kirchenaufsichtlicher Genehmigung am 25.06.2025
- 570 Kirchenamt Celle für die Ev.-luth. Kirchenkreise Celle, Soltau, Walsrode, Öffentliche Bekanntmachung des Kirchenamtes Celle für die Ev.-luth. Kirchenkreise Celle, Soltau, Walsrode der neuen Friedhofsbühnenordnung für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst in Eldingen nach kirchenaufsichtlicher Genehmigung am 25.06.2025

#### D. SONSTIGE MITTEILUNGEN

A. BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES

B. BEKANNTMACHUNGEN DER GEMEINDEN, SAMTGEMEINDEN, GEMEINDEFREIEN BEZIRKE UND ZWECKVERBÄNDE

Gemeinde Wietze, Beschluss über die Jahresrechnung 2021 der Gemeinde Wietze und über die Entlastung des Bürgermeisters

Gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 und § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG hat der Rat der Gemeinde Wietze in seiner Sitzung am 26.06.2025 die Jahresrechnung 2021 beschlossen und dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

Die Jahresrechnung mit dem Rechenschaftsbericht sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2021 liegen gemäß §§ 129 Abs. 2 und 156 Abs. 4 NKomVG im Anschluss an die öffentliche Bekanntmachung an sieben Tagen in der Gemeinde Wietze im Rathaus, Neue Mitte 1-3, 29323 Wietze, Zimmer 41, während der Öffnungszeiten zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Veröffentlichung der Bilanz der Gemeinde Wietze zum 31.12.2021

<b>Aktiva</b>	2020 -Euro-	2021 -Euro-	<b>Passiva</b>	2020 -Euro-	2021 -Euro-
1. Immaterielles Vermögen	367.312,43	346.432,54	1. Nettoposition	22.440.691,40	22.314.085,29
2. Sachvermögen	38.412.904,84	39.617.139,09	1.1 Basisreinvmögen	5.414.827,60	5.414.827,60
3. Finanzvermögen	1.778.405,13	1.719.116,87	1.2 Rücklagen	6.461.812,89	6.453.788,52
4. Liquide Mittel	3.628.568,12	714.059,67	1.3 Jahresergebnis	2.560.633,70	2.777.477,29
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	8.122,84	33.245,98	1.4 Sonderposten	8.003.417,21	7.667.991,88
			2. Schulden	15.500.062,61	15.189.453,38
			2.1 Geldschulden davon	14.904.128,17	14.661.465,83
			2.1. Liquiditätskredite		
			1	0,00	500.000,00
			2.1. Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	14.904.128,17	14.161.465,83
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	418.109,69	456.970,78
			2.4 Transferverbindlichkeiten	10.154,94	7.040,71
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	167.669,81	63.976,06
			3. Rückstellungen	5.937.336,49	4.569.686,40
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	317.222,86	356.769,08
<b>BILANZSUMME</b>	<b>44.195.313,36</b>	<b>42.429.994,15</b>	<b>BILANZSUMME</b>	<b>44.195.313,36</b>	<b>42.429.994,15</b>

Wietze, den 27.06.2025

Klußmann  
Bürgermeister

L.S.

---

Gemeinde Faßberg, Satzung der Gemeinde Faßberg über die Entschädigung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Faßberg

Satzung der Gemeinde Faßberg über die Entschädigung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Faßberg

Aufgrund der §§ 10 und 58 Absatz 1 Nr. 5 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 06.11.2024 (Nds. GVBl 2024 Nr. 91) in Verbindung mit § 33 Absatz 1 Satz 1 des Nds. Brandschutzgesetzes (NBrandSchG), vom 18. Juli 2012 zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 06. November 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 91) hat der Rat der Gemeinde Faßberg in der Sitzung am 26.06.2025 über die Entschädigung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Bereich der Gemeinde Faßberg beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Die ehrenamtliche Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Faßberg wird grundsätzlich unentgeltlich geleistet.
- (2) Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Faßberg haben nach Maßgabe dieser Satzung Anspruch auf den Ersatz von Auslagen. Erstattung von Verdienstausfall und auf die Gewährung von Aufwandsentschädigung.
- (3) Die Aufwandsentschädigung wird monatlich im Voraus gezahlt.
- (4) Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung entfällt, wenn der Berechtigte länger als drei Monate ununterbrochen verhindert ist, seine Funktion wahrzunehmen, mit Ablauf des dritten, auf den Beginn der Verhinderung folgenden Kalendermonats.
- (5) Ist im Falle einer Verhinderung nach Abs. 4 ein Stellvertreter bestimmt und führt die Dienstgeschäfte fort, so erhält dieser ab dem Zeitpunkt des Anspruchsverfalls des Funktionsinhabers den Differenzbetrag zwischen der Aufwandsentschädigung des Vertretenen und seiner eigenen Aufwandsentschädigung als Stellvertreter.
- (6) Ist im Falle einer Verhinderung nach Abs. 4 kein Stellvertreter bestimmt und ein geeignetes Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr führt die Dienstgeschäfte fort, so erhält dieses Mitglied ab dem Zeitpunkt des Anspruchsverfalls des Funktionsinhabers die für diese Funktion vorgesehene Aufwandsentschädigung.
- (7) Erholungsurlaub ist keine Verhinderung im Sinne dieser Vorschrift.

§ 2 Aufwandsentschädigung

- (1) Ehrenbeamte und sonstige hier aufgeführte Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr Faßberg erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in folgender Höhe:

a) Gemeindebrandmeister/in	100,00 €
b) Stellvertretende/r Gemeindebrandmeister/in	50,00 €
c) Ortsbrandmeister/in	70,00 €
d) Stellvertretende/r Ortsbrandmeister/in	50,00 €
e) Gerätewart/in je Ortsfeuerwehr	50,00 €
f) Gemeindejugendfeuerwehrwart/in	40,00 €
g) Ortsjugendfeuerwehrwart/in	45,00 €
h) Stellvertretende/r Ortsjugendfeuerwehrwart/in	20,00 €
i) Kinderfeuerwehrwart/in	40,00 €
j) Sicherheitsbeauftragte/r je Ortsfeuerwehr	20,00 €
k) Gemeindegliederwart/in	30,00 €
l) Atemschutzgerätewart/in je Ortsfeuerwehr	30,00 €

- (2) Für die ehrenamtliche Übernahme einer kostenpflichtigen Brandsicherheitswache erhält jedes teilnehmende Feuerwehrmitglied eine Aufwandsentschädigung von 15,00 € für jede geleistete Stunde.
- (3) Mit der Aufwandsentschädigung sind alle Aufwendungen, die aus der wahrgenommenen Tätigkeit erwachsen, abgegolten (einschließlich z.B. der Fahr- und Reisekosten innerhalb des Gemeindegebietes, der Telekommunikationskosten, des Schreibmaterials und der Repräsentation), soweit nicht das Niedersächsische Brandschutzgesetz oder die Vorschriften dieser Satzung etwas Anderes bestimmen.
- (4) Abweichend von Abs. 4 ist die Teilnahme an Einsätzen und angeordneten Lehrgängen am Technik- und Trainingszentrum des Niedersächsischen Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz, soweit sie mehr als einen Kalendertag beansprucht, als Fall einer außergewöhnlichen Belastung im Sinne des § 44 Abs. 2 NKomVG anzusehen. In diesen Fällen ist auf Antrag der nachweislich entstandene Verdienstausfall unter Anwendung des § 4 der Satzung zu erstatten.

§ 3 Aufwandsentschädigung für Kinderbetreuung

Die Höchstbeträge gemäß § 33 Abs. 2 NBrandSchG werden auf 10,00 € je Stunde, jedoch höchstens 650,00 € im Monat festgesetzt.

§ 4 Verdienstaussfall

- (1) Für die Zeit des Einsatzes oder der Teilnahme an angeordneten Übungen, Lehrgängen, feuerwehrtechnischen Fachtagungen und Besprechungen bei Behörden während der Dienst- oder Arbeitszeit erhält der Arbeitgeber auf Antrag Verdienstaussfall von der Gemeinde erstattet. Der Antrag auf Erstattung ist mit den notwendigen Nachweisen über den Ortsbrandmeister oder die Ortsbrandmeisterin bei der Gemeindeverwaltung Faßberg einzureichen.
- (2) Ein Entschädigungsanspruch besteht nur für den nachgewiesenen tatsächlich entstandenen Verdienstaussfall, soweit er durch den Einsatz für die Freiwillige Feuerwehr entstanden ist.
- (3) Die Entschädigung für den Verdienstaussfall wird auf höchstens 30,00 € je Stunde begrenzt. Sie wird nur bis zu 240,00 € täglich gewährt.
- (4) Hat der Arbeitnehmer keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung, zahlt der Arbeitgeber das Arbeitsentgelt aber tatsächlich weiter, so wird die Verdienstaussfallentschädigung im Rahmen des Höchstbetrages (Abs. 3) auf Antrag dem Arbeitgeber mit dem Bruttobetrag (einschließlich der darauf anfallenden Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge) erstattet.

§ 5 Reisekosten

- (1) Für die von der Gemeinde angeordneten Dienstreisen außerhalb des Gemeindegebietes werden auf Antrag Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz gewährt.
- (2) Neben dieser Reisekostenvergütung, der Aufwandsentschädigung für Kinderbetreuung und der Verdienstaussfallentschädigung nach § 4 werden weitere Auslagen nicht erstattet.

§ 6 Jährliche Zuschüsse

Es werden pauschale Zuschüsse für besondere Aufwendungen wie z.B. Verpflegung im Einsatzfall, besondere Anschaffungen für Ortsfeuerwehren, Jugend- und Kinderfeuerwehren sowie der Feuerwehrkapelle im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt.

§ 6 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt mit dem 01.07.2025 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung der Gemeinde Faßberg, Landkreis Celle, über die Entschädigung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr in Faßberg vom 28.06.1984, zuletzt geändert am 01.01.2016, außer Kraft.

Faßberg, den 27.06.2025

Gemeinde Faßberg

L.S.

Die Bürgermeisterin  
Speder

---

Gemeinde Faßberg, Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Faßberg

Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Faßberg

Aufgrund der §§ 8 und 9 i. V. m. § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Faßberg in seiner Sitzung am 26.06.2025 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Berufung, Abberufung und Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten

- (1) Der Rat der Gemeinde Faßberg entscheidet über die Berufung und Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten. Die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Faßberg ist ehrenamtlich oder, wenn sie bei der Gemeinde Faßberg beschäftigt ist, nebenamtlich tätig. Die Gleichstellungsbeauftragte wird grundsätzlich für die Dauer der Kommunalwahlperiode ernannt.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte ist unmittelbar der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister unterstellt. Bei der rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben ist sie nicht weisungsgebunden.

§ 2 Aufgaben

- (1) Die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten soll dazu beitragen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Sie wirkt nach Maßgabe dieser Satzung an allen Vorhaben, Entscheidungen, Programmen und Maßnahmen mit, die Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Anerkennung der gleichwertigen Stellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft haben.

- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte kann zur Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Zielsetzung, insbesondere zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Maßnahmen anregen, die die Arbeitsbedingungen innerhalb der Verwaltung, personelle, wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes der Kommune oder Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft betreffen.
- (3) Der Rat kann der Gleichstellungsbeauftragten weitere Aufgaben zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern übertragen. Die Gleichstellungsbeauftragte kann dem Rat hierfür Vorschläge unterbreiten.

#### § 3 Befugnisse

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte kann an allen Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Ausschüsse des Rates und der Ausschüsse nach § 73 NKomVG teilnehmen.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte ist auf ihr Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören. Sie kann verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der Sitzungen der in Abs. 1 aufgeführten Gremien gesetzt wird.
- (3) Widerspricht die Gleichstellungsbeauftragte in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich betreffen, dem Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses für den Rat, so hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister den Rat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen. Satz 1 ist auf Beschlussvorschläge für die in Abs. 1 genannten Ausschüsse entsprechend anzuwenden.
- (4) Die Gleichstellungsbeauftragte kann die Öffentlichkeit über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches informieren.

#### § 4 Beteiligung und Auskunftspflichten

- (1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister hat die Gleichstellungsbeauftragte in allen Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, rechtzeitig zu beteiligen und ihr die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Dies gilt insbesondere für Personalangelegenheiten.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte ist in dem für die sachgerechte Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Umfang berechtigt, Einsicht in die Akten der Gemeindeverwaltung zu nehmen, in Personalakten jedoch nur mit Zustimmung der betroffenen Bediensteten.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist auf Verlangen des Rates verpflichtet, Auskunft über ihre Tätigkeit zu geben. Dies gilt nicht für Angelegenheiten, die der Geheimhaltung unterliegen.
- (4) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister berichtet dem Rat gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten jährlich über die Maßnahmen, die zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung durchgeführt worden sind und über deren Auswirkungen.

#### § 5 Vertretung der Gleichstellungsbeauftragten

Die Vertretung der Gleichstellungsbeauftragten wird entsprechend § 8 Abs. 2 Sätze 3-5 NKomVG geregelt.

#### § 6 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Celle in Kraft. Gleichzeitig tritt die „Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Faßberg“ vom 13.11.2014 außer Kraft.

Faßberg, den 27.06.2025  
Gemeinde Faßberg

L. S.

Die Bürgermeisterin  
Speder

- - -

#### Gemeinde Hohne, Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 9 „Solarpark Hohne-Süd“ der Gemeinde Hohne

##### Bekanntmachung

Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 9 "Solarpark Hohne-Süd" der Gemeinde Hohne  
Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. (1) des Baugesetzbuches

Die Firma MMR Projekt GmbH plant, südlich der Ortschaft Hohne (Gemeinde Hohne) eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zu errichten. Das Plangebiet ist derzeit dem Außenbereich zuzuordnen. Die Errichtung der Anlage ist daher nicht möglich. Um das geplante Vorhaben umsetzen zu können, ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Dieser soll in Form eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes aufgestellt werden.

Der Rat der Gemeinde Hohne hat am 30.05.2024 den Aufstellungsbeschluss zu o. g. Planung gefasst und die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB veranlasst. Der Aufstellungsbeschluss wird hiermit gemäß § 2 (1) BauGB bekanntgemacht.

Die Lage und der Zuschnitt des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 9 sind der folgenden Planübersicht zu entnehmen:



Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 9  
(Kartengrundlage: Verkleinerter Auszug aus dem GeobasisdatenViewer Nds., unmaßstäblich)

Die das Verfahren betreffenden Unterlagen (der Vorentwurf des Bebauungsplanes sowie die Begründung inkl. Umweltbericht/Grundlagen zu Umweltbelangen) sind in der Zeit vom 11.07.2025 bis einschließlich 11.08.2025

auf der Homepage der Samtgemeinde Lachendorf unter <https://www.lachendorf.de/Bauen/Bauleitplanung/Bauleitpläne-im-Verfahren/> veröffentlicht.

Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet liegen die Planunterlagen im Rathaus in Lachendorf, Oppershäuser Str. 1, 29331 Lachendorf, Zimmer 305, während der nachfolgenden Zeiten

Öffnungszeiten:

Montag	08:00 Uhr - 12.00 Uhr und 14:00 Uhr - 17.30 Uhr
Dienstag	08:00 Uhr - 12.00 Uhr
Donnerstag	08:00 Uhr - 12.00 Uhr und 14:00 Uhr - 17.30 Uhr
Freitag:	08:00 Uhr - 12.00 Uhr

Nach telefonsicher Vereinbarung (Tel: 05145 / 970 7832) können die Unterlagen auch außerhalb dieser Zeiten eingesehen werden.

Mit der Veröffentlichung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes und dessen Begründung wird die Öffentlichkeit frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die

Neugestaltung oder Entwicklung des Gebietes in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich unterrichtet und ihr Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Während der Dauer der oben genannten Veröffentlichungsfrist können Stellungnahmen zu der Planung abgegeben werden. Die Stellungnahmen übermitteln Sie bitte elektronisch per E-Mail an: bauen@lachendorf.de

Bei Bedarf können die Stellungnahmen aber auch auf anderem Wege abgegeben werden (z.B. per Brief, Fax oder mündlich während der Dienststunden zur Niederschrift).

An das Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung nach § 3 (1) BauGB schließt sich das Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (2) BauGB an.

Mit der Abgabe von Stellungnahmen stimmen die Eingebenden der Verwendung ihrer persönlichen Daten im Bauleitplanverfahren zu. Die Stellungnahmen werden anonymisiert veröffentlicht.

Lachendorf, 30.06.2025

Suderburg  
Gemeindedirektorin

- - -

Samtgemeinde Lachendorf, 55. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Ahnsbeck“ in der Gemeinde Ahnsbeck

55. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Ahnsbeck“ in der Gemeinde Ahnsbeck  
Genehmigung durch den Landkreis Celle

Der Rat der Samtgemeinde Lachendorf hat in seiner öffentlichen Sitzung am 26.09.2024 die 55. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Ahnsbeck“ nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Für die Änderung wurde beim Landkreis Celle die Genehmigung gemäß § 6 BauGB beantragt. Der Landkreis Celle hat die 55. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Ahnsbeck“ mit Verfügung vom 18.06.2025, Az.: 622-01668/23 gem. § 6 BauGB genehmigt.

Der Geltungsbereich der 55. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Ahnsbeck“ ist in der nachfolgenden Planübersicht dargestellt.



Geltungsbereich der 55. Änderung des Flächennutzungsplanes  
(Kartengrundlage: Verkleinerter Auszug aus dem GeobasisdatenViewer Nds., unmaßstäblich)

Die 55. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung liegen bei der Samtgemeinde Lachendorf im Rathaus, Zimmer 305, Oppershäuser Straße 1, 29331 Lachendorf, während der nachfolgenden Zeiten

Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag	von 08:00 - 12.00 Uhr
Montag und Donnerstag	von 14:00 - 17.30 Uhr

oder nach Vereinbarung zur Einsichtnahme bereit.

Jedermann hat das Recht, die 55. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung einzusehen und Auskunft über den Inhalt zu verlangen.

Die Auslegung ist unbefristet.

Mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Celle wird die 55. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Ahsbeck“ der Samtgemeinde Lachendorf gem. § 6 Abs. 5 BauGB rechtsverbindlich.

Weiterhin wird gemäß § 215 Abs. 2 BauGB auf die nachstehenden Rechtsfolgen hingewiesen:

Unbeachtlich werden gemäß § 215 Abs. 1

Nr. 1 BauGB: nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzungen der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,

Nr. 2 BauGB: eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und

Nr. 3 BauGB: nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Genehmigung des Bauleitplanes schriftlich gegenüber der Samtgemeinde Lachendorf unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB in der zuletzt geltenden Fassung über die Entschädigung von durch den Bauleitplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Außerdem kann gemäß § 10 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zurzeit gültigen Fassung eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften nach dem NKomVG beim Zustandekommen des Bauleitplanes nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung gegenüber der Samtgemeinde Lachendorf unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel angibt, geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Bekanntmachung des Bauleitplanes verletzt worden sind.

Lachendorf, den 30.06.2025  
Samtgemeinde Lachendorf

Sudenburg  
Samtgemeindebürgermeisterin

- - -

Samtgemeinde Lachendorf, 62. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Hohne-Süd“ der Samtgemeinde Lachendorf

Bekanntmachung

62. Änderung des Flächennutzungsplanes "Solarpark Hohne-Süd" der Samtgemeinde Lachendorf  
Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. (1) des Baugesetzbuches

Die Firma MMR Projekt GmbH plant, südlich der Ortschaft Hohne (Gemeinde Hohne) eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zu errichten. Der wirksame Flächennutzungsplan stellt den Bereich als „Flächen für die Landwirtschaft“ dar. Die Entwicklung einer Photovoltaikanlage entspricht dieser Darstellung nicht. Die Flächen des Plangebietes sind dem Außenbereich zuzuordnen. Die Errichtung der Anlage ist daher nicht möglich.

Um das geplante Vorhaben umsetzen zu können, ist in Vorbereitung zur Aufstellung eines Bebauungsplanes eine Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich. Im Rahmen der 62. Änderung wird die Fläche in „sonstiges Sondergebiet - Solarpark“ und „private Grünflächen“ geändert.

Der Samtgemeindeausschuss der Samtgemeinde Lachendorf hat am 13.06.2024 den Aufstellungsbeschluss zu o.g. Planung gefasst und die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB veranlasst. Der Aufstellungsbeschluss wird hiermit gemäß § 2 (1) BauGB bekanntgemacht.

Die Lage und der Zuschnitt der 62. Änderung des Flächennutzungsplans sind der folgenden Planübersicht zu entnehmen:



Geltungsbereich der 62. Änderung des Flächennutzungsplanes  
(Kartengrundlage: Verkleinerter Auszug aus dem GeobasisdatenViewer Nds., unmaßstäblich)

Die das Verfahren betreffenden Unterlagen (der Vorentwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Begründung inkl. Umweltbericht/Grundlagen zu Umweltbelangen) sind in der Zeit vom 11.07.2025 bis einschließlich 11.08.2025

auf der Homepage der Samtgemeinde Lachendorf unter  
<https://www.lachendorf.de/Bauen/Bauleitplanung/Bauleitpläne-im-Verfahren/> veröffentlicht.

Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet liegen die Planunterlagen im Rathaus in Lachendorf, Oppershäuser Str. 1, 29331 Lachendorf, Zimmer 305, während der nachfolgenden Zeiten

Öffnungszeiten:

Montag	08:00 Uhr - 12.00 Uhr und 14:00 Uhr - 17.30 Uhr
Dienstag	08:00 Uhr - 12.00 Uhr
Donnerstag	08:00 Uhr - 12.00 Uhr und 14:00 Uhr - 17.30 Uhr
Freitag:	08:00 Uhr - 12.00 Uhr

Nach telefonischer Vereinbarung (Tel: 05145 / 970 7832) können die Unterlagen auch außerhalb dieser Zeiten eingesehen werden.

Mit der Veröffentlichung des Vorentwurfes der Änderung des Flächennutzungsplanes und dessen Begründung wird die Öffentlichkeit frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung des Gebietes in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich unterrichtet und ihr Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Während der Dauer der oben genannten Veröffentlichungsfrist können Stellungnahmen zu der Planung abgegeben werden. Die Stellungnahmen übermitteln Sie bitte elektronisch per E-Mail an: [bauen@lachendorf.de](mailto:bauen@lachendorf.de)

Bei Bedarf können die Stellungnahmen aber auch auf anderem Wege abgegeben werden (z.B. per Brief, Fax oder mündlich während der Dienststunden zur Niederschrift).

An das Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung nach § 3 (1) BauGB schließt sich das Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (2) BauGB an.

Mit der Abgabe von Stellungnahmen stimmen die Eingebenden der Verwendung ihrer persönlichen Daten im Bauleitplanverfahren zu. Die Stellungnahmen werden anonymisiert veröffentlicht.

Lachendorf, 30.06.2025  
Samtgemeinde Lachendorf

Suderburg  
Samtgemeindebürgermeisterin

- - -

#### Gemeinde Wathlingen, Aufstellung der 4ten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „4-Generationen-Park“

Amtliche Bekanntmachung der Gemeinde Wathlingen

Aufstellung der 4ten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „4-Generationen-Park“

Der Rat der Gemeinde Wathlingen hat in seiner Sitzung vom 30. Juni 2025 über den Planentwurf und den Entwurf der Begründung der 4ten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „4-Generationen-Park“ beraten und die Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 13a BauGB beschlossen.

Die vorliegende Bebauungsplanänderung dient der Innenentwicklung Wathlingens im Sinne des § 13a (1) BauGB.

Für den Änderungsbereich 1 wird eine geringfügige Erweiterung der überbaubaren Fläche vorgesehen, die für die Errichtung eines Lagergebäudes für die Schule benötigt wird. Ansonsten bleiben die bisherigen Festsetzungen in diesem Bereich unverändert.

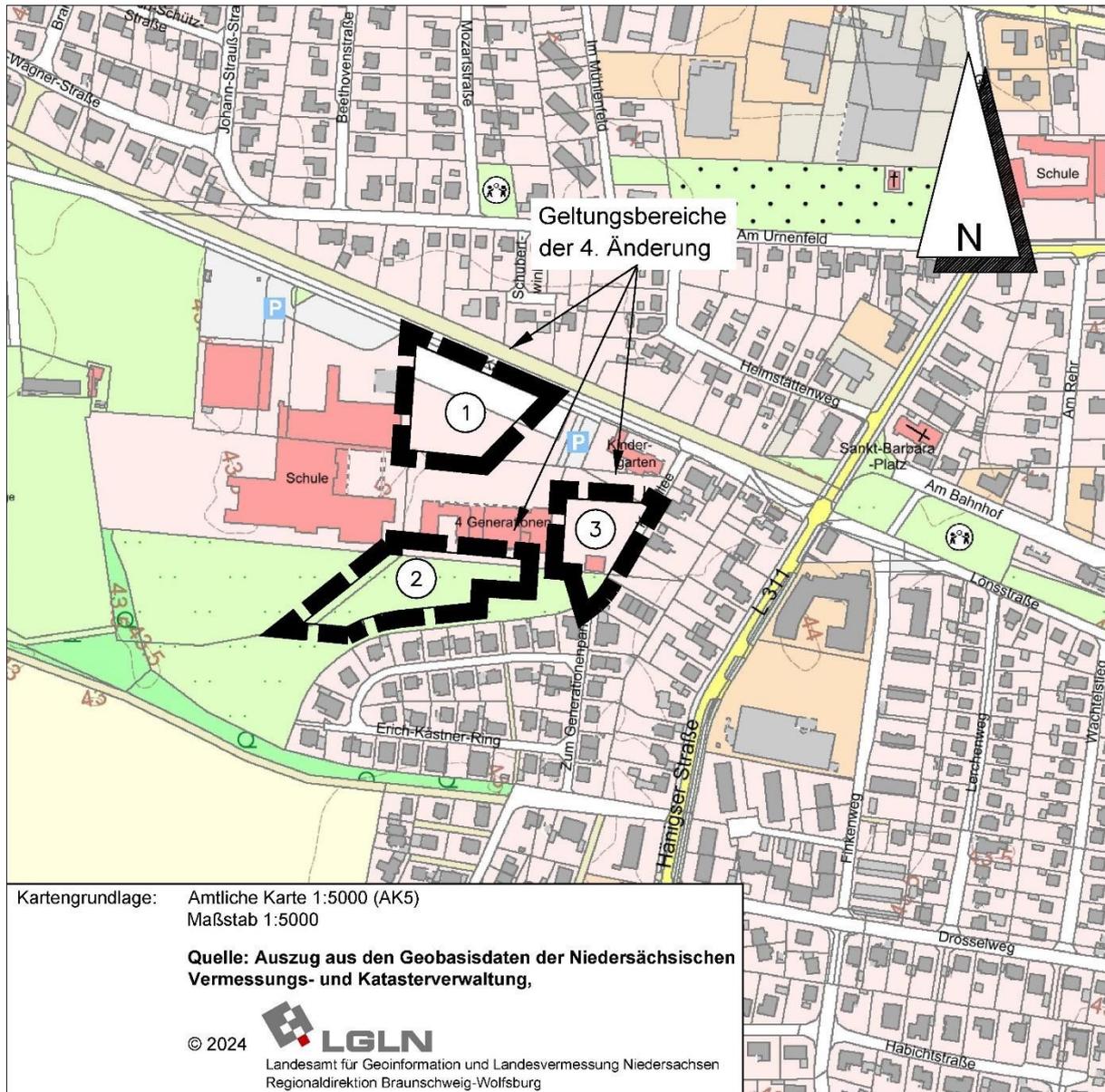
Im Änderungsbereich 2 ist zum einen die Anlage eines Außenspielplatzes für die Kindertagesstätte vorgesehen. Weiterhin ist hier der Bau eines Technikgebäudes für den Betrieb des 4-Generationenhauses erforderlich, so dass die bislang hier festgesetzte Grünfläche entsprechend zurückgenommen werden muss. Um zukünftige Entwicklungen an dieser Stelle schon jetzt zu ermöglichen, soll der Änderungsbereich innerhalb des erweiterten Sondergebietes aber bereits jetzt insgesamt eine überbaubare Fläche mit einem entsprechenden Maß der baulichen Nutzung beinhalten.

Innerhalb des Änderungsbereiches 3 waren Container aufgestellt worden, in denen vorübergehend eine Kindertagesstätte aufgenommen worden war. Damit diese Container vom Deutschen Roten Kreuz innerhalb seiner gemeinnützigen Arbeit verwendet werden konnten, wurde die 3. Änderung des Bebauungsplanes aufgestellt.

Hierfür wurde die betroffene Fläche in die Festsetzung des Sondergebietes aufgenommen und die Zweckbestimmung des Sondergebietes auf Gebäude und Anlagen für soziale Zwecke ergänzt. Dadurch konnten die Container grundsätzlich auch für andere Zwecke der Sondergebietenutzung genutzt werden.

Inzwischen haben sich die Nutzungsabsichten erneut geändert. Die Container sollen hier nicht länger bestehen bleiben, sondern die Gemeinde plant den Bau eines Jugendhauses innerhalb des Gesamtkonzepts des 4-Generationen-Parks.

Der Planbereich des Bebauungsplanes befindet sich am südwestlichen Ortsrand südlich der Kantallee. Die vorliegende 4te Änderung beinhaltet drei Einzelflächen. Die Grenzen der räumlichen Geltungsbereiche sind in dem folgenden Kartenausschnitt verdeutlicht:



Der Entwurf der 4ten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „4-Generationen-Park“ wird mit der Begründung in der Zeit vom

09. Juli 2025 bis einschließlich 11. August 2025

Im Internet veröffentlicht und liegt im Rathaus der Samtgemeinde Wathlingen, Am Schmiedeberg 1, 29339 Wathlingen, während der Öffnungszeiten der Verwaltung öffentlich aus.

Öffnungszeiten:

Montag - Freitag	08:00 - 12:00 Uhr
Dienstag	14:00 - 16:00 Uhr
Donnerstag	14:00 - 17:30 Uhr

Nach telefonischer Vereinbarung (Tel: 05144/491-74) können die Unterlagen auch außerhalb dieser Zeiten eingesehen werden.

Die Unterlagen sind ebenfalls auf der Homepage der Samtgemeinde Wathlingen <https://www.wathlingen.de> einsehbar.

Die Unterlagen werden ebenfalls über das Portal des Landes Niedersachsen unter <https://uvp.niedersachsen.de/> eingestellt. Bei Bedarf geben Sie bitte den Namen der Samtgemeinde Wathlingen in die Suchmaske ein.

Gemäß § 13a Abs. 3 BauGB wird bekannt gemacht, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt wird. Die vorliegende Bebauungsplanänderung dient der Innenentwicklung Wathlingens im Sinne des § 13a (1) BauGB, so dass den Grundzügen

der Planung nicht grundsätzlich entgegengewirkt wird. Durch die Änderung wird auch kein Vorhaben ermöglicht, das eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung begründet. Es liegen auch keine Anhaltspunkte dafür vor, dass durch die Änderung Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes oder des Artenschutzes beeinträchtigt werden könnten.

Im Aufstellungsverfahren der 4ten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „4-Generationen-Park“ ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung bzw. -vorprüfung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben nicht durchzuführen.

Während der Veröffentlichung im Internet können Stellungnahmen von jedermann bei der Bauabteilung der Samtgemeinde Wathlingen schriftlich oder mündlich zur Niederschrift vorgebracht werden.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.

Wathlingen, 01.07.2025

Gemeinde Wathlingen

L.S.

Torsten Harms

Bürgermeister

---

## C. BEKANNTMACHUNGEN ANDERER STELLEN

Kirchenamt Celle für die Ev.-luth. Kirchenkreise Celle, Soltau, Walsrode, Öffentliche Bekanntmachung des Kirchenamtes Celle für die Ev.-luth. Kirchenkreise Celle, Soltau, Walsrode der neuen Friedhofsordnung für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst in Eldingen nach kirchenaufsichtlicher Genehmigung am 25.06.2025

### Friedhofsordnung (FO)

für den Friedhof  
der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst  
in Eldingen.

Gemäß § 4 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst am 28.05.2025 folgende Friedhofsordnung beschlossen:

Der Friedhof ist die Stätte, an der die Verstorbenen zur letzten Ruhe gebettet werden. Er ist mit seinen Gräbern ein sichtbares Zeichen der Vergänglichkeit des Menschen. Er ist zugleich ein Ort, an dem die Kirche die Botschaft verkündet, dass Christus dem Tode die Macht genommen hat und denen, die an ihn glauben, das ewige Leben geben wird. Aus dieser Erkenntnis und in dieser Gewissheit erhalten Arbeit und Gestaltung auf dem Friedhof Richtung und Weisung.

### Inhaltsübersicht

#### I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck

§ 2 Friedhofsverwaltung

§ 3 Schließung und Entwidmung

#### II. Ordnungsvorschriften

§ 4 Öffnungszeiten

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

§ 6 Dienstleistungen

#### III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7 Anmeldung einer Bestattung

§ 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen

§ 9 Ruhezeiten

§ 10 Umbettungen und Ausgrabungen

#### IV. Grabstätten

§ 11 Allgemeines

§ 12 Reihengrabstätten

§ 13 Wahlgrabstätten

§ 14 (aufgehoben)

§ 15 Urnenwahlgrabstätten

§ 16 Rasengrabstätten und Grabstätten in Gemeinschaftsanlagen

§ 16a Rasengrabstätten

- § 16b Gemeinschaftsanlage „Kleiner Garten“
- § 16c Urnenrasengrabstätten
- § 16d Urnengrabstätten auf der Baumwiese
- § 16e Urnengemeinschaftsanlage „Baumfrieden“
- § 16f Urnengemeinschaftsanlage „Pastors Garten“
- § 17 Rückgabe von Wahlgrabstätten
- § 18 Bestattungsverzeichnis

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

- § 19a Gestaltungsgrundsatz
- § 19b Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

VI. Anlage und Pflege der Grabstätten

- § 20 Allgemeines
- § 21 Grabpflege, Grabschmuck
- § 22 Vernachlässigung

VII. Grabmale und andere Anlagen

- § 23 Errichtung und Änderung von Grabmalen
- § 24 Mausoleen und gemauerte Grüfte
- § 25 Entfernung
- § 26 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

- § 27 (aufgehoben)
- § 28 Benutzung der Kirche

IX. Haftung und Gebühren

- § 29 Haftung
- § 30 Gebühren

X. Übergangs- und Schlussvorschriften

- § 31 Übergangsvorschriften
- § 32 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck

(1) Diese Friedhofsordnung gilt für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst in seiner jeweiligen Größe. Der Friedhof umfasst zur Zeit die Flurstücke 307/49 und 598/306 Flur 3 Gemarkung Eldingen in Größe von insgesamt 1.27.96 ha. Eigentümer der Flurstücke ist Ev.-luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst.

(2) Der Friedhof dient der Bestattung der Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz in der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst hatten, sowie derjenigen, die bei ihrem Tode ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Fehlgeborenen und Ungeborenen i.S.d. Niedersächsischen Bestattungsgesetzes.

(3) Andere Bestattungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 2 Friedhofsverwaltung

(1) Der Friedhof ist eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird vom Kirchenvorstand verwaltet (Friedhofsverwaltung).

(2) Die Verwaltung des Friedhofs richtet sich nach dieser Friedhofsordnung sowie den sonstigen kirchlichen und staatlichen Vorschriften.

(3) Mit der Wahrnehmung der Friedhofsverwaltung kann der Kirchenvorstand einzelne Personen, einen Ausschuss oder eine kirchliche Verwaltungsstelle beauftragen.

(4) Erforderliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit einer Bestattung, Verleihung, Verlängerung oder Übertragung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte, einer Anzeige zur Errichtung eines Grabmals oder anderer Anlagen, dem Tätigwerden von Dienstleistungserbringern sowie mit der Erhebung von Gebühren und Entgelten dürfen für den jeweiligen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

§ 3 Schließung und Entwidmung

(1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.

(2) Nach der beschränkten Schließung dürfen keine neuen Nutzungsrechte mehr verliehen werden. Eine Verlängerung von bestehenden Nutzungsrechten darf lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit erfolgen. Bestattungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Grabstellen, an denen die Ruhezeit nach dem Zeitpunkt der beschränkten Schließung abläuft, dürfen nicht neu belegt werden. Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Bestattungsberechtigten. Ausnahmen von dieser Einschränkung kann die Friedhofsverwaltung im Einzelfall zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten zulassen.

(3) Nach der Schließung dürfen Bestattungen nicht mehr vorgenommen werden.

(4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4 Öffnungszeiten

(1) Der Friedhof ist während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten, bzw. nur bei Tageslicht für den Besuch geöffnet.

(2) Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise für den Besuch vorübergehend geschlossen werden.

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

(1) Jede Person hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten und Äußerungen, die sich in verletzender Weise gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche richten, zu unterlassen. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. Die Friedhofsverwaltung kann Personen, die der Friedhofsordnung zuwiderhandeln, das Betreten des Friedhofs untersagen.

(2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:

- a) die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen, Inlinern, Skateboards aller Art - ausgenommen Kinderwagen, Rollstühle, Handwagen sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Dienstleistungserbringer - zu befahren,
- b) Waren aller Art zu verkaufen sowie Dienstleistungen anzubieten,
- c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
- d) Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, zu erstellen und zu verwerten,
- e) Druckschriften und andere Medien (z.B. CD, DVD) zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
- f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern oder mitgebrachten Unrat zu entsorgen,
- g) fremde Grabstätten und die Friedhofsanlagen außerhalb der Wege zu betreten, zu beschädigen oder zu verunreinigen,
- h) Hunde unangeleint mitzubringen.

(3) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen Anderer nicht beeinträchtigt werden.

(4) Besondere Veranstaltungen auf dem Friedhof bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

(5) Bei Schnee und Eisglätte oder starker Nässe sind die Wege, insbesondere die Nebenwege, mit besonderer Vorsicht zu betreten.

§ 6 Dienstleistungen

(1) Dienstleistungserbringer (Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter usw.) haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.

(2) Tätig werden dürfen nur solche Dienstleistungserbringer, die fachlich geeignet und in betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig sind.

(3) Dienstleistungserbringern kann die Ausübung ihrer Tätigkeit von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringer nach vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.

(4) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen und bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung Anderer ausgeschlossen ist. Die Dienstleistungserbringer dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum lagern. Geräte von Dienstleistungserbringern dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.

(5) Dienstleistungserbringer haften gegenüber dem Friedhofsträger für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

(6) Folgenden Leistungen mit entsprechenden Abläufen auf dem Friedhof werden zur Wahrung eines einheitlichen Erscheinungsbildes, zur Einhaltung bestattungsrechtlicher Vorschriften und zur Sicherung der Würde des Ortes allein von der Friedhofsverwaltung (dem Friedhofsträger) oder einen von dieser beauftragten Dritten erbracht: Bestattung (Ausheben und Verfüllen eines Grabes), allgemeine Friedhofsunterhaltung und Unterhaltung von Gemeinschaftsanlagen sowie Standsicherheitsprüfung von Grabmalen.

### III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

#### § 7 Anmeldung einer Bestattung

(1) Eine Bestattung ist unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen rechtzeitig bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Dabei ist mitzuteilen, wer die Bestattung leiten und wer sonst bei der Bestattung (einschließlich Trauerfeier) gestaltend mitwirken wird.

(2) Die Friedhofsverwaltung kann die Person, die die Bestattung leiten oder bei der Bestattung gestaltend mitwirken soll, ausschließen, wenn sie verletzende Äußerungen gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche getan hat und eine Wiederholung zu erwarten ist.

(3) Vor einer Bestattung in einer Wahlgrabstätte, an der ein Nutzungsrecht verliehen ist, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen und die Verlängerung schriftlich anzumelden bzw. bei Neuerwerb ist eine Grabnutzungsrechtsübernahme der Friedhofsverwaltung gegenüber schriftlich zu erklären.

(4) Die Friedhofsverwaltung und das zuständige Pfarramt setzen im Benehmen mit der antragstellenden Person Ort und Zeit der Bestattung fest. Die Wünsche der Angehörigen sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

#### § 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen

(1) Erdbestattungen sind nur in geschlossenen, feuchtigkeitshemmenden Särgen zulässig. Von der Sargpflicht nach Satz 1 kann die untere Gesundheitsbehörde Ausnahmen zulassen, wenn in der zu bestattenden Person ein wichtiger Grund vorliegt und ein öffentlicher Belang nicht entgegensteht.

(2) Für Erdbestattungen darf kein Sarg verwendet werden, der geeignet ist, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern oder der die Verwesung der Leiche nicht innerhalb der festgesetzten Ruhefrist ermöglicht.

(3) Säрге dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Für größere Säрге ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

(4) Für Sargauskleidungen, Leichenhüllen und Leichenbekleidungen gelten die Anforderungen des Absatzes 2 entsprechend.

(5) Für die Bestattung in zugänglichen, ausgemauerten Grüften sind nur Metallsäрге oder Holzsäрге mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.

(6) Es dürfen keine Urnen, Überurnen oder Schmuckurnen verwendet werden, die aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt oder die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern.

#### § 9 Ruhezeiten

(1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 30 Jahre.

(2) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 30 Jahre.

#### § 10 Umbettungen und Ausgrabungen

(1) Umbettungen dürfen zur Wahrung der Totenruhe grundsätzlich nicht vorgenommen werden.

(2) Leichen und Aschenreste in Urnen dürfen vor Ablauf der gesetzlichen Mindestruhezeit nur mit Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde ausgegraben oder umgebettet werden.

(3) Die berechtigte Person hat die Umbettung bei der Friedhofsverwaltung unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften zu beantragen und sich gegenüber der Friedhofsverwaltung schriftlich zu verpflichten, alle Kosten zu übernehmen, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen entstehen.

(4) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

(5) Grabmale, andere Anlagen, ihr Zubehör und Pflanzen können umgesetzt werden, wenn Gestaltungsbestimmungen des neuen Grabfeldes nicht entgegenstehen.

#### IV. Grabstätten

##### § 11 Allgemeines

(1) Folgende Arten von Grabstätten stehen zur Verfügung:

- |   |         |
|---|---------|
| a) Reihengrabstätten  | (§ 12), |
| b) Wahlgrabstätten  | (§ 13), |
| c) Urnenreihengrabstätten                                   | (§ 14), |
| d) Urnenwahlgrabstätten                                     | (§ 15), |
| e) Rasengrabstätten und Grabstätten in Gemeinschaftsanlagen | (§ 16). |

(2) Die Grabstätten bleiben im Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach Maßgabe dieser Ordnung in der jeweils geltenden Fassung verliehen. Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer einzelnen Person, nicht mehreren Personen zugleich zustehen. Nutzungsberechtigte Personen haben jede Änderung ihrer Anschrift der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

(3) Rechte an Reihengrabstätten werden nur im Todesfall vergeben. Ein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht.

(4) In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder Asche bestattet werden. Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig - bei oder kurz nach der Geburt - verstorbenes Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr dürfen in einer Grabstelle bestattet werden.

(5) Auf Antrag kann das Nutzungsrecht an einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstelle für die Bestattung einer zusätzlichen Asche erweitert werden, wenn die bereits bestattete Person der Ehegatte oder die Ehegattin oder der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft oder ein naher Verwandter war. Gebühr für die Erweiterung des Nutzungsrechtes richtet sich nach der jeweiligen Gebührenordnung zum Zeitpunkt der zusätzlichen Urnenbestattung.

(6) Bei neu anzulegenden Grabstätten sollen die Grabstellen etwa folgende Größe haben:

- |    |   |               |                 |
|----|---|---------------|-----------------|
| a) | für Säрге von Kindern:                        | Länge: 1,50 m | Breite: 0,90 m, |
|    | von Erwachsenen:                              | Länge: 2,50 m | Breite: 1,50 m, |
| b) | für Urnen:                                    | Länge: 0,80 m | Breite: 0,80 m, |
| c) | für Urnen in Gemeinschaftsanlagen: (ungefähr) | Länge: 0,80 m | Breite: 0,80 m. |

Für die bisherigen Grabstätten gelten die übernommenen Maße. Im Einzelnen ist der Gestaltungsplan für den Friedhof maßgebend.

(7) Die Mindesttiefe des Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,60 m. Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

(8) Ein Grab darf nur von Personen ausgehoben und zugefüllt werden, die dafür von der Friedhofsverwaltung bestimmt oder zugelassen sind.

(9) Die nutzungsberechtigte Person muss Grabzubehör (Grabmal, Einfassung, Lampen, Vasen, Großgehölze usw.), soweit erforderlich, vor der Bestattung auf ihre Kosten entfernen. Über das Erfordernis entscheidet die Friedhofsverwaltung.

(10) Kommt die nutzungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung aus Absatz 9 nicht nach und muss beim Ausheben des Grabes das Grabzubehör von dem Friedhofsträger entfernt werden, sind die dadurch entstehenden Kosten von der nutzungsberechtigten Person dem Friedhofsträger zu erstatten. Ein Anspruch auf Wiederverwendung herausgenommener Pflanzen besteht nicht.

#### § 12 Reihengrabstätten

(1) Reihengrabstätten sind Grabstätten mit einer Grabstelle für eine Erdbestattung, die anlässlich einer Bestattung der Reihe nach für die Dauer der Ruhezeit vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.

(2) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen davon wird sechs Monate vor Ablauf der Ruhezeit durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht.

(3) Auf Antrag kann das Nutzungsrecht an einer belegten Reihengrabstätte in ein Nutzungsrecht an einer pflegefreien Grabstätte umgewandelt werden. Die Unterhaltung der Grabfläche obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung. Die Gebühr für die Umwandlung des Nutzungsrechts in eine pflegefreie Grabstätte richtet sich nach der jeweiligen Gebührenordnung. Ein Anspruch auf Umwandlung besteht nicht.

#### § 13 Wahlgrabstätten

(1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben werden. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre, vom Tage der Verleihung an gerechnet. Über das Nutzungsrecht wird eine Urkunde ausgestellt.

(2) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 3 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte um mindestens 5 Jahre und maximal um 30 Jahre verlängert werden. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern. Wird nach Ablauf der Nutzungszeit die Verlängerung des Nutzungsrechts nicht innerhalb von 3 Monaten beantragt, fällt die Grabstätte entschädigungslos an den Friedhofsträger zurück. Bei einer Bestattung verlängert sich das Nutzungsrecht für die gesamte Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit. Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.

(3) In einer Wahlgrabstätte dürfen die nutzungsberechtigte Person und folgende Angehörige bestattet werden:

- a) Ehegatte und Ehegattin,
- b) Lebenspartner oder Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft,
- c) Kinder, Stiefkinder sowie deren Ehegatten,
- d) Enkelkinder in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
- e) Eltern,
- f) Geschwister,
- g) Stiefgeschwister,
- h) die nicht unter Buchstaben a) bis g) fallenden Erben.

Grundsätzlich entscheidet die nutzungsberechtigte Person, wer von den bestattungsberechtigten Personen bestattet wird. Kann nach dem Tode einer bestattungsberechtigten Person die Entscheidung der nutzungsberechtigten Person der Friedhofsverwaltung nicht rechtzeitig vor der Bestattung mitgeteilt werden, so ist die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßer Prüfung berechtigt, die Bestattung zuzulassen. Die Bestattung anderer, auch nichtverwandter Personen bedarf eines Antrags der nutzungsberechtigten Person und der Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

(4) Die nutzungsberechtigte Person kann zu ihren Lebzeiten ihr Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 3 Buchstaben a) bis h) genannten Personen übertragen; zur Rechtswirksamkeit der Übertragung sind schriftliche Erklärungen der bisherigen und der neuen nutzungsberechtigten Person sowie die schriftliche Genehmigung der Friedhofsverwaltung erforderlich.

(5) Die nutzungsberechtigte Person soll der Friedhofsverwaltung schriftlich mitteilen, auf welchen ihrer bestattungsberechtigten Angehörigen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll. Eine schriftliche Einverständniserklärung der Rechtsnachfolgerin oder des Rechtsnachfolgers ist beizubringen. Hat die nutzungsberechtigte Person nicht bestimmt, auf wen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll, so geht das Nutzungsrecht an die nach Absatz 3 bestattungsberechtigten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Dabei steht das Nutzungsrecht innerhalb der einzelnen Gruppen der jeweils ältesten Person zu. Der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin hat der Friedhofsverwaltung auf deren Verlangen nachzuweisen, dass er neuer Nutzungsberechtigter oder sie neue Nutzungsberechtigte ist. Ist der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin nicht daran interessiert, das Nutzungsrecht zu behalten, so kann er oder sie das Nutzungsrecht auf eine andere der in Absatz 3 genannten Personen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, auf eine Person übertragen, die aufgrund ihres oder seines Nutzungsrechtes bestattungsberechtigt nach Absatz 3 geworden ist. Für die Übertragung gilt Absatz 4.

(6) Auf Antrag kann das Nutzungsrecht an einer belegten Wahlgrabstätte in ein Nutzungsrecht an einer pflegefreien Grabstätte umgewandelt werden. Die Unterhaltung der Grabfläche obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung. Eine Verlängerung nach Ablauf der Ruhezeit ist ausgeschlossen. Die Gebühr für die Umwandlung des Nutzungsrechts in eine pflegefreie Grabstätte richtet sich nach der jeweiligen Gebührenordnung. Ein Anspruch auf Umwandlung besteht nicht.

§ 14 (aufgehoben)

§ 15 Urnenwahlgrabstätten

(1) Urnenwahlgrabstätten werden mit einer oder mehreren Grabstellen zur Bestattung einer Asche für die Dauer von 30 Jahren vergeben.

(2) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenwahlgrabstätten die Vorschriften wie für Wahlgrabstätten.

§ 16 Rasengrabstätten und Grabstätten in Gemeinschaftsanlagen

(1) Rasengrabstätten und Grabstätten in Gemeinschaftsanlagen sind Grabstätten für Sarg- oder Urnenbestattung in einer einheitlich gestalteten Gemeinschaftsgrabanlage, die mit Rasen und / oder einer anderen bodendeckenden Bepflanzung angelegt sind.

(2) Die Unterhaltung der Grabanlage obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung oder einen von dieser beauftragten Dritten. Die Pflege erfolgt im nötigen und vertretbaren Umfang (z.B. keine oder nur extensive Bewässerung). Ein Anspruch auf Unveränderlichkeit der Grabanlage besteht nicht.

Das Betreten und Begehen der Grabanlagen ist nur auf gekennzeichneten Wegen bzw. außerhalb der Bestattungsfläche gestattet. Das Ablegen von Kränzen und Grabschmuck ist nach der Bestattung auf der Grabstätte für die Dauer von maximal 6 Wochen möglich, jedoch nach Herrichtung der Grabstätte nur auf den dafür vorgesehenen Ablageflächen (wenn vorgehalten) gestattet. Nach Ermessen der Friedhofsverwaltung werden Kränze und Grabschmuck entschädigungslos geräumt.

(3) Diese Grabstätten werden als Reihengrabstätte mit einer Grabstelle oder als Doppelgrabstätte mit zwei Grabstellen von der Friedhofsverwaltung vergeben.

(4) Nutzungsrechte werden in der Regel anlässlich einer Bestattung für die Dauer der Ruhezeit verliehen. Das Nutzungsrecht beinhaltet das Abräumen der Kränze und des Grabhügels, die Herstellung und dauerhafte Unterhaltung der Grabanlage sowie die Entsorgung des Grabmals nach Ablauf der Nutzungszeit durch die Friedhofsverwaltung. Das Nutzungsrecht umfasst nicht das Recht zur eigenen Pflege der Grabstätte und nicht das Recht zur Errichtung eines anderen als zur jeweiligen Grabanlage (siehe §§ 16a ff) beschriebenen Grabmals.

(5) Das Nutzungsrecht an Reihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten bzw. Einzel- und Urneneinzelgrabstätten in Gemeinschaftsanlagen endet mit Ablauf der Ruhezeit. Das Nutzungsrecht an Doppelgrabstätten und Urnendoppelgrabstätten ist im Rahmen einer Bestattung zur Anpassung an die neue Ruhezeit für die gesamte Grabstätte zu verlängern. Das Nutzungsrecht endet mit Ablauf der zweiten Ruhezeit.

Die Bestattung einer zusätzlichen Urne auf einer bereits belegten Grabstelle ist ausgeschlossen.

(6) Grabzeichen sind nicht in der Gebühr für das Grabnutzungsrecht enthalten.

Der Beschaffungsweg des Grabzeichens ist in dem Absatz zur jeweiligen Grabart geregelt.

(7) Das Abräumen von Gemeinschaftsgrabfeldern oder Teilen davon wird sechs Monate vor Ablauf der Ruhezeit durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht. Nutzungsberechtigte Personen können nach vorheriger Absprache mit der Friedhofsverwaltung Grabzeichen nach Ablauf der Ruhezeit selbst entfernen bzw. dessen Herausgabe auf eigene Kosten beantragen.

§ 16a Rasengrabstätten

(1) Rasengrabstätten werden als Reihengrabstätte mit einer Grabstelle bzw. als Doppelgrabstätte mit zwei Grabstellen für Sargbestattungen anlässlich einer Bestattung durch die Friedhofsverwaltung vergeben.

(2) Jede Grabstelle (je bestattete Person) ist mit einem liegenden Grabmal als Rasengrabplatte aus bräunlichem Granit, Oberfläche poliert zu versehen. Die Größe des Grabzeichens beträgt (Länge x Breite/Höhe x Dicke) 40 cm x 30 cm x 6 cm. Die Inschrift (vertieft und getönt) umfasst Vorname, Nachname, Geburts- und Sterbejahr.

Das Grabzeichen wird am Kopfende mittig der Grabstelle bündig mit dem Boden eingesetzt.

(3) Grabzeichen werden von der Friedhofsverwaltung im Namen und auf Rechnung der nutzungsberechtigten Person bei einem Fachbetrieb beauftragt. Die Abrechnung erfolgt direkt zwischen dem beauftragten Fachbetrieb und der nutzungsberechtigten Person.

Der Verwaltungsvorgang ist gebührenpflichtig.

§ 16b Gemeinschaftsanlage „Kleiner Garten“

(1) Grabstätten in den Gemeinschaftsanlagen „Kleiner Garten“ werden als Raseneinzelgrabstätte mit einer Grabstelle oder als Rasendoppelgrabstätte mit zwei Grabstellen für Sargbestattung (bzw. Sarg - Urne) von der Friedhofsverwaltung vergeben.

(2) Für jeden Bestatteten ist ein einheitliches gestaltetes Grabzeichen als Namenstafel aus Bronze an einer vorhandenen Stele am Kopfende der Grabstätte anzubringen. Die Größe des Grabzeichens beträgt (Länge x Breite/Höhe x Dicke) 150 mm x 100 mm x 6 mm. Die Inschrift (1,4 mm erhaben) umfasst Vorname, Nachname, Geburts- und Sterbejahr.

(3) Grabzeichen werden von der Friedhofsverwaltung im Namen und auf Rechnung der nutzungsberechtigten Person bei einem Fachbetrieb beauftragt. Die Abrechnung erfolgt direkt zwischen dem beauftragten Fachbetrieb und der nutzungsberechtigten Person.

Der Verwaltungsvorgang ist gebührenpflichtig.

(4) Von der Friedhofsverwaltung wird die Fläche vor dem Grabstein einheitlich gestaltet und als Bepflanzungsfläche, „Kleiner Garten“, eingefasst. Die Bepflanzungsfläche ist von der nutzungsberechtigten Person oder von dieser beauftragten Dritten zu bepflanzen und instand zu halten. Auf Antrag kann vor Ablauf der Nutzungszeit die Bepflanzungsfläche aufgelöst werden.

§ 16c Urnenrasengrabstätten

(1) Urnenrasengrabstätten werden als Urnenreihengrabstätte mit einer Grabstelle oder als Urnendoppelgrabstätte mit zwei Grabstellen anlässlich einer Bestattung von der Friedhofsverwaltung vergeben.

(2) Jede Grabstelle (je bestattete Person) ist mit einem liegenden Grabmal als Rasengrabplatte aus bräunlichem Granit, Oberfläche poliert zu versehen. Die Größe des Grabzeichens beträgt (Länge x Breite/Höhe x Dicke) 40 cm x 30 cm x 6 cm. Die Inschrift (vertieft und getönt) umfasst Vorname, Nachname, Geburts- und Sterbejahr. Das Grabzeichen wird mittig der Grabstelle bündig mit dem Boden eingesetzt.

(3) Grabzeichen werden von der Friedhofsverwaltung im Namen und auf Rechnung der nutzungsberechtigten Person bei einem Fachbetrieb beauftragt. Die Abrechnung erfolgt direkt zwischen dem beauftragten Fachbetrieb und der nutzungsberechtigten Person.

Der Verwaltungsvorgang ist gebührenpflichtig.

§ 16d Urnengrabstätten auf der Baumwiese

(1) Pflegefreie Urnengrabstätten auf der naturbelassenen Baumwiese werden als Urneneinzelgrabstätte mit einer Grabstelle oder als Urnendoppelgrabstätte mit zwei Grabstellen von der Friedhofsverwaltung vergeben.

(2) Auf der Baumwiese dürfen ausschließlich nur biologisch abbaubare Urnen (Aschekapsel sowie Über-/Schmuckurne) bestattet werden.

(3) Das Areal der naturbelassenen Baumwiese hat Wald- bzw. Naturcharakter. Pflegemaßnahmen werden vorrangig nur an den Bäumen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht vorgenommen. Der Friedhofsträger übernimmt keine Gewähr für die Lebensdauer und haftet nicht bei Zerstörung oder Absterben des Baumes über der jeweiligen Grabstätte. Es wird jedoch im Rahmen des Möglichen bei Verlust des Baumes für Ersatz gesorgt werden. Es besteht dabei kein Anspruch auf eine bestimmte Baumart oder Größe.

(4) Für jeden Bestatteten ist ein einheitliches gestaltetes Grabzeichen als Namenstafel aus Bronze an einem zentralen Gedenkstein, einem Obelisken anzubringen. Die Größe des Grabzeichens beträgt (Länge x Breite/Höhe x Dicke) 150 mm x 100 mm x 6 mm. Die Inschrift (1,4 mm erhaben) umfasst Vorname, Nachname, Geburts- und Sterbejahr.

(5) Grabzeichen werden von der Friedhofsverwaltung im Namen und auf Rechnung der nutzungsberechtigten Person bei einem Fachbetrieb beauftragt. Die Abrechnung erfolgt direkt zwischen dem beauftragten Fachbetrieb und der nutzungsberechtigten Person.

Der Verwaltungsvorgang ist gebührenpflichtig.

§ 16e Urnengemeinschaftsanlage „Baumfrieden“

(1) Pflegefreie Urnengrabstätten in der Gemeinschaftsanlage unter Säulenrotbuchen „Baumfrieden“ werden als Urneneinzelgrabstätte mit einer Grabstelle oder als Urnendoppelgrabstätte mit zwei Grabstellen von der Friedhofsverwaltung vergeben.

(2) In der Gemeinschaftsanlage „Baumfrieden“ dürfen ausschließlich nur biologisch abbaubare Urnen (Aschekapsel sowie Über-/Schmuckurne) bestattet werden.

(3) Der Friedhofsträger übernimmt keine Gewähr für die Lebensdauer und haftet nicht bei Zerstörung oder Absterben des Baumes über der jeweiligen Grabstätte. Es wird jedoch im Rahmen des Möglichen bei Verlust des Baumes für Ersatz gesorgt werden. Es besteht dabei kein Anspruch auf eine bestimmte Baumart oder Größe.

(4) Für jeden Bestatteten ist ein einheitliches gestaltetes Grabzeichen als Namenstafel aus Bronze an einem zentralen Gedenkstein anzubringen. Die Größe des Grabzeichens beträgt (Länge x Breite/Höhe x Dicke) 150 mm x 100 mm x 6 mm. Die Inschrift (1,4 mm erhaben) umfasst Vorname, Nachname, Geburts- und Sterbejahr.

(5) Grabzeichen werden von der Friedhofsverwaltung im Namen und auf Rechnung der nutzungsberechtigten Person bei einem Fachbetrieb beauftragt. Die Abrechnung erfolgt direkt zwischen dem beauftragten Fachbetrieb und der nutzungsberechtigten Person.  
Der Verwaltungsvorgang ist gebührenpflichtig.

#### § 16f Urnengemeinschaftsanlage „Pastors Garten“

(1) Urnengrabstätten in der Gemeinschaftsanlage „Pastors Garten“ werden als Urneneinzelgrabstätte mit einer Grabstelle oder als Urnendoppelgrabstätte mit zwei Grabstellen von der Friedhofsverwaltung vergeben.

(2) Für jeden Bestatteten ist ein einheitliches gestaltetes Grabzeichen als Namenstafel aus Bronze an einem zentralen Gedenkstein anzubringen. Die Größe des Grabzeichens beträgt (Länge x Breite/Höhe x Dicke) 150 mm x 100 mm x 6 mm. Die Inschrift (1,4 mm erhaben) umfasst Vorname, Nachname, Geburts- und Sterbejahr.

(3) Grabzeichen werden von der Friedhofsverwaltung im Namen und auf Rechnung der nutzungsberechtigten Person bei einem Fachbetrieb beauftragt. Die Abrechnung erfolgt direkt zwischen dem beauftragten Fachbetrieb und der nutzungsberechtigten Person.  
Der Verwaltungsvorgang ist gebührenpflichtig.

#### § 17 Rückgabe von Wahlgrabstätten

(1) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit, zurückgegeben werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte zulässig. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

(2) Bei der Rückgabe von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten besteht kein Anspruch auf Gebührenerstattung.

(3) Die Friedhofsverwaltung kann mit den Nutzungsberechtigten übergroßer Wahlgrabstätten (Wahlgrabstätten mit mehr als 8 Grabstellen) besondere schriftliche Vereinbarungen über die künftige Nutzung abschließen. Ein Anspruch auf Abschluss von derartigen Vereinbarungen besteht nicht.

#### § 18 Bestattungsverzeichnis

Die Friedhofsverwaltung führt über die Bestattungen ein Verzeichnis, aus dem sich nachvollziehen lässt, wer an welcher Stelle bestattet ist und wann die Ruhezeit abläuft.

### V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

#### § 19a Gestaltungsgrundsatz

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

#### § 19b Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

(1) Grabmale und andere Anlagen dürfen nicht so gestaltet werden, dass sie eine Verunstaltung des Friedhofes bewirken oder Friedhofsbesucher in ihrer Andacht stören können. Die Gestaltung darf sich ferner nicht gegen den christlichen Glauben richten. Im Übrigen gilt § 19a entsprechend. Werkstattbezeichnungen dürfen nur unten an der Seite oder Rückseite eines Grabmals in unauffälliger Weise angebracht werden.

(2) Es sollen nur Grabmale einschließlich anderer Anlagen errichtet werden, die nachweislich in der Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des „Übereinkommens 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ hergestellt sind.

(3) Grabmale und andere Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Hierfür sind die nutzungsberechtigten Personen verantwortlich.

(4) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, anderen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung verantwortlichen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann der Friedhofsträger auf Kosten der nutzungsberechtigten Personen Sicherungsmaßnahmen treffen

(z.B. Absperrungen, Umlegen von Grabmalen). Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabmale, andere Anlagen oder Teile davon auf Kosten der Nutzungsberechtigten Personen zu entfernen. Sind Nutzungsberechtigte Personen nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf den Grabstätten, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

## VI. Anlage und Pflege der Grabstätten

### § 20 Allgemeines

(1) Die Grabstätten (nach § 12 - § 15) müssen binnen sechs Monaten nach der Belegung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts angelegt sein. Sie dürfen nur mit Gewächsen bepflanzt werden, durch die benachbarte Grabstätten und öffentliche Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Das Pflanzen von Bäumen ist auf den Grabstätten nicht gestattet.

(2) Zur gärtnerischen Anlage und Pflege sind die jeweiligen Nutzungsberechtigten Personen verpflichtet. Die Verpflichtung zur Pflege besteht bis zum Ablauf des Nutzungsrechtes.

(3) Die Friedhofsverwaltung ist befugt, stark wuchernde, absterbende oder Bestattungen behindernde Hecken und Sträucher zu beschneiden oder zu beseitigen. Verwelkte Blumen, Kränze usw. sind von der Nutzungsberechtigten Person oder einen von dieser beauftragten Dritten von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.

(4) Die Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt allein der Friedhofsverwaltung.

(5) Der Friedhofsträger ist nicht verpflichtet, zur Verhütung von Schäden, die durch fremde Personen und Tiere hervorgerufen werden, Vorkehrungen zu treffen.

(6) Auf die Verwendung von Torf ist zu verzichten.

(7) Grabeinfassungen aus Beton oder Zement sind zu vermeiden.

(8) Grababdeckungen aus Beton, Terrazzo, Stein(-platten), Folien, Kunstrasen und anderen luft- und wasserundurchlässigen Materialien sind nicht gestattet.

(9) Grabbedeckungen aus Kies, Kieselsteinen Splitt oder ähnlichen Stoffen anstelle einer Bepflanzung sind nicht zulässig.

(10) Abfall aus Kunststoff, wie Blumenstraußfolien, Blumentöpfe, Pflanzschalen u.ä. ist möglichst über den Hausmüll bzw. das duale Entsorgungssystem zu entsorgen.

### § 21 Grabpflege, Grabschmuck

(1) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Wildkrautbekämpfungsmitteln sowie von biologisch nicht abbaubaren Reinigungsmitteln zur Grabpflege und Reinigung von Grabmalen und anderen Anlagen ist nicht gestattet.

(2) Kunststoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebunden, Trauergestecken, in Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenanzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen und Markierungszeichen.

(3) Die Verwendung von Blechdosen, Gläsern, Flaschen o. ä. für die Aufnahme von Schnittblumen ist nicht gestattet.

### § 22 Vernachlässigung

(1) Wird eine Grabstätte nicht vorschriftsmäßig hergerichtet oder gepflegt, hat die Nutzungsberechtigte Person nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt sie der Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person in Ordnung bringen oder bringen lassen. Ist die Nutzungsberechtigte Person der Verpflichtung aus Satz 1 nicht nachgekommen, kann die Friedhofsverwaltung auch das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen, soweit sie die Nutzungsberechtigte Person schriftlich unter Fristsetzung hierauf hingewiesen hat. In dem Entziehungsbescheid wird die Nutzungsberechtigte Person aufgefordert, das Grabmal und die anderen Anlagen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Bescheides zu entfernen.

(2) Ist die Nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird die unbekanntes Nutzungsberechtigte Person durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung

- a) die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und
- b) Grabmale und andere Anlagen beseitigen lassen.

(3) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist die Nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person entfernen oder entfernen lassen.

## VII. Grabmale und andere Anlagen

### § 23 Errichtung und Änderung von Grabmalen

(1) Die Errichtung und jede Änderung von Grabmalen und anderen Anlagen sind der Friedhofsverwaltung anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofsordnung und den Vorgaben des technischen Regelwerks entspricht.

(2) Der Anzeige ist der Grabmalentwurf in einem geeigneten Maßstab beizufügen. In den Anzeigeunterlagen sollen alle wesentlichen Teile erkennbar, die Darstellung der Befestigungsmittel mit Bemaßung und Materialangaben sowie die Gründungstechnik mit Maßangaben und Materialbenennung in den Anzeigeunterlagen eingetragen sein.

(3) Mit dem Vorhaben darf drei Monate nach Vorlage der vollständigen Anzeige begonnen werden, wenn seitens der Friedhofsverwaltung in dieser Zeit keine Bedenken wegen eines Verstoßes gegen die Friedhofsordnung oder das technische Regelwerk geltend gemacht werden. Vor Ablauf von drei Monaten darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der geltenden Friedhofsordnung und die Vollständigkeit der Anzeige der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.

(4) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet oder geändert worden ist.

(5) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Sie sind entsprechend ihrer Größe nach den allgemeinen Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. Maßgebendes Regelwerk zur Auslegung der Regeln der Baukunst ist ausschließlich die aktuelle Fassung der „Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein-Akademie e.V. (DENAK)“ bzw. dessen Rechtsnachfolger. Die TA Grabmal gilt für die Planung, Erstellung, Ausführung, die Abnahmeprüfung und jährliche Prüfung der Grabmalanlagen.

(6) Für alle neu errichteten, wieder versetzten und reparierten Grabmale hat der Steinmetz oder sonstige Dienstleistungserbringer (mit gleichwertiger Qualifikation in Befestigungstechnik, Planung, Berechnung und Ausführung von Gründungen) eine Abnahmeprüfung nach TA Grabmal vorzunehmen. Die gleichwertige Qualifikation i.S.v. Satz 1 ist zweifelsfrei nachzuweisen. Der Prüfablauf ist nachvollziehbar zu dokumentieren.

(7) Die Nutzungsberechtigte Person oder eine von ihr bevollmächtigte Person hat der Friedhofsverwaltung spätestens sechs Wochen nach Fertigstellung der Grabmalanlage die Dokumentation der Abnahmeprüfung und die Abnahmebescheinigung entsprechend den Anforderungen der TA Grabmal vorzulegen.

(8) Fachlich geeignet i.S.v. § 6 Absatz 2 sind Dienstleistungserbringer, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes die angemessene Gründungsart zu wählen und nach der TA Grabmal die erforderlichen Fundamentabmessungen zu berechnen. Die Dienstleistungserbringer müssen in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Ferner müssen sie die Standsicherheit von Grabmalanlagen beurteilen können und fähig sein, mit Hilfe von Messgeräten die Standsicherheit zu kontrollieren und zu dokumentieren.

(9) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals und anderer Anlagen nicht den Anzeigeunterlagen und den Vorgaben der Friedhofsordnung, setzt die Friedhofsverwaltung der Nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals und anderer Anlagen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person veranlassen. Bei nicht ordnungsmäßiger Gründung und Befestigung des Grabmals und anderer Anlagen gilt § 9b Absatz 4.

### § 24 Mausoleen und gemauerte Grüfte

(1) Soweit auf den Friedhöfen Mausoleen oder gemauerte Grüfte bestehen, können sie im Rahmen der bestehenden Nutzungsrechte genutzt werden. Neubauten sind nicht möglich. Im Übrigen gelten § 19b Absätze 3 und 4 entsprechend.

(2) Die Verleihung neuer Nutzungsrechte an vorhandenen Mausoleen oder gemauerten Grüften ist nur möglich, wenn sich die Nutzungsberechtigten Personen in schriftlichen Verträgen gegenüber der Friedhofsverwaltung verpflichten,

alle mit der Instandsetzung und Unterhaltung der Mausoleen und Gräfte verbundenen Kosten und die Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen. Nach Beendigung des Nutzungsrechts sind die Mausoleen oder gemauerten Gräfte von den nutzungsberechtigten Personen vollständig zu entfernen.

#### § 25 Entfernung

(1) Grabmale und andere Anlagen dürfen vor Ablauf des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.

(2) Nach Ablauf der Nutzungszeit und nach Bekanntmachung über das Abräumen der Grabstätten sowie nach Umwandlung der Grabstätte in eine pflegefreie Grabstätte nach § 12 (3) bzw. § 13 (6) veranlasst die Friedhofsverwaltung die Entfernung von Grabmalen und anderen Anlagen. Innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntmachung über das Abräumen und bei Wahlgräbern auch innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Nutzungszeit können die nutzungsberechtigten Personen Grabmale und andere Anlagen selbst entfernen, soweit es sich nicht um Grabmale nach § 26 oder um Grabzeichen von Rasengrabstätten und Grabstätten in Gemeinschaftsanlagen nach § 16 ff handelt. Die Friedhofsverwaltung hat keinen Ersatz für Grabmale und andere Anlagen zu leisten. Sie ist auch nicht zur Aufbewahrung abgeräumter Grabmale und anderer Anlagen verpflichtet. Die Friedhofsverwaltung hat auch keinen Gebührenbetrag zu erstatten, wenn die verpflichtete Person selbst abräumt.

#### § 26 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale werden nach Möglichkeit von der Friedhofsverwaltung erhalten.

### VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

#### § 27 (aufgehoben)

#### § 28 Benutzung der Kirche

(1) Für verstorbene Personen, die zum Zeitpunkt ihres Todes Mitglieder einer der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland e. V. angehörenden Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften waren, steht für die Trauerfeier die Kirche zur Verfügung.

(2) Die Trauerfeier muss der Würde des Ortes entsprechen.

(3) Die Aufbahrung des Sarges kann versagt werden, wenn die verstorbene Person zum Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei ihr der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat oder wenn Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

### IX. Haftung und Gebühren

#### § 29 Haftung

Nutzungsberechtigte Personen haften für alle Schäden, die durch von ihnen oder in ihrem Auftrag errichtete Grabmale, und andere Anlagen entstehen.

#### § 30 Gebühren

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung zu entrichten.

### X. Übergangs- und Schlussvorschriften

#### § 31 Übergangsvorschriften

(1) Diese Ordnung gilt für alle bestehenden Nutzungsrechte vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 2.

(2) Nutzungsrechte an den Erbgräbern bzw. Sondergräbern, die unbefristet oder auf Friedhofsdauer eingeräumt waren, enden mit dem 31.12.2026 jedoch nicht vor Ablauf der Ruhefrist der letzten Bestattung. Nach Ablauf dieser Frist können die Nutzungsrechte an solchen Grabstätten nach Maßgabe dieser Ordnung verlängert werden.

#### § 32 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Ordnung tritt nach der kirchenaufsichtlichen Genehmigung und am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung in der Fassung vom 15.11.2007 mit der Ergänzung vom 29.07.2021 außer Kraft.

Eldingen, 28.05.2025

Der Kirchenvorstand der Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst:

Christoph Schwiercz  
Vorsitzender

L. S.

Felicia Knoop  
Kirchenvorsteherin

Die vorstehende Friedhofsordnung wird hiermit gemäß § 66 Absatz 1 und Absatz 3 Nummer 2 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Celle, 25.06.2025

Der Kirchenkreisvorstand Kirchenkreises Celle:

Dr. Andrea Burgk-Lempart  
Vorsitzende/r Superintendentin

L. S.

Wilfried Burghard  
stell. Vorsitzende/r

- - -

Kirchenamt Celle für die Ev.-luth. Kirchenkreise Celle, Soltau, Walsrode, Öffentliche Bekanntmachung des Kirchenamtes Celle für die Ev.-luth. Kirchenkreise Celle, Soltau, Walsrode der neuen Friedhofsgebührenordnung für den Friedhof der Ev.- luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst in Eldingen nach kirchenaufsichtlicher Genehmigung am 25.06.2025

### Friedhofsgebührenordnung (FGO)

für den Friedhof  
der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst  
in Eldingen.

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) und § 30 der Friedhofsordnung hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eldingen-Hohnhorst für den Friedhof in Eldingen am 28.05.2025 folgende Friedhofsgebührenordnung beschlossen:

#### § 1 Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofs und seiner Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen der Friedhofsverwaltung werden Gebühren nach dieser Gebührenordnung erhoben.

#### § 2 Gebührenschuldner

(1) Gebührenschuldner der Benutzungsgebühr ist

1. wer die Bestattung oder sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Ordnung beantragt oder durch ihm zurechenbares Verhalten ausgelöst hat,
2. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
3. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Gebührenschuldner der Verwaltungsgebühr ist

1. wer die Verwaltungshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
2. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(3) Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner.

#### § 3 Entstehen der Gebührenschuld

(1) Bei Grabnutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld bereits mit der Begründung des Nutzungsrechtes für die gesamte Nutzungsdauer der Grabstätte oder bereits mit der Verlängerung des Nutzungsrechtes für den Zeitraum der gesamten Verlängerung der Grabstätte.

(2) Bei sonstigen Benutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der jeweiligen gebührenpflichtigen Leistung.

(3) Bei Verwaltungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Vornahme der Verwaltungshandlung.

§ 4 Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung zu Gebühren erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Benutzung des Friedhofes untersagen und Leistungen verweigern, sofern ausstehende Gebühren nicht entrichtet worden sind oder eine entsprechende Sicherheit nicht geleistet ist.
- (3) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 5 Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren

- (1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.
- (2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch den Gebührenschuldner oder die Gebührenschuldnerin zu erstatten.
- (3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat der Vollstreckungsschuldner oder die Vollstreckungsschuldnerin zu tragen.

§ 6 Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:  
Die Nutzungsrechtgebühr für die Grabstätten (Ziffer 1 bis 3) dient zur Finanzierung der Kosten für die Bereitstellung der Grabstätte, der Friedhofsanlage und seiner Einrichtungen.

1.	Reihengrabstätten		
	- für Verstorbene ab dem 6. Lebensjahr für 30 Jahre:		191,00 €
	- für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr für 30 Jahre:		102,00 €
2.	Wahlgrabstätten		
	- für 30 Jahre	- je Grabstelle:	291,00 €
	- Verlängerung	- je Jahr und Stelle:	9,70 €
3.	Urnenwahlgrabstätten		
	- für 30 Jahre	- je Grabstelle:	192,00 €
	- Verlängerung	- je Jahr und Stelle:	6,40 €

Die Nutzungsgebühr für Rasengrabstätten nach der hier vorliegenden Ordnung und Grabstätten in Gemeinschaftsanlagen (Ziffern 4 bis 15) dient zur Finanzierung der Kosten für die Bereitstellung und Unterhaltung der Friedhofsanlage und seiner Einrichtungen, Wasser, Abfallentsorgung, Überwachung der Verkehrssicherheit sowie die Bereitstellung und Unterhaltung der Bestattungs- und Begleitfläche während der Nutzungszeit, das Abräumen der Kränze und überschüssiger Erde nach der Bestattung sowie Abräumung und Entsorgung des Grabmals nach Ablauf der Nutzungszeit.

4.	Rasenreihengrabstätten		
	- für 30 Jahre:		1.565,00 €
5.	Rasewahlgrabstätten mit zwei Grabstellen bzw. Rasendoppelgrabstätten		
	- für 30 Jahre	- je Grabstätte:	3.258,00 €
	- Verlängerung	- je Jahr und Grabstätte:	108,60 €
6.	Raseneinzelgrabstätte „Kleiner Garten“		
	- für 30 Jahre:		2.842,00 €
7.	Rasendoppelgrabstätten „Kleiner Garten“		
	- für 30 Jahre	- je Grabstätte:	4.956,00 €
	- Verlängerung	- je Jahr und Grabstätte:	165,20 €
8.	Urnenrasenreihengrabstätten		
	- für 30 Jahre:		997,00 €
9.	Urnenrasewahlgrabstätten mit zwei Grabstellen bzw. Urnenrasendoppelgrabstätten		
	- für 30 Jahre	- je Grabstätte:	2.040,00 €
	- Verlängerung	- je Jahr und Grabstätte:	68,00 €

10.	Urneneinzelgrabstätten auf der Baumwiese - für 30 Jahre            - je Grabstätte:	1.356,00 €
11.	Urnwahlgrabstätten mit zwei Grabstellen bzw. Urnendoppelgrabstätten auf der Baumwiese - für 30 Jahre            - je Grabstätte: - Verlängerung            - je Jahr und Grabstätte:	2.712,00 € 90,40 €
12.	Urneneinzelgrabstätten in der Gemeinschaftsanlage „Baumfrieden“ - für 30 Jahre            - je Grabstätte:	1.635,00 €
13.	Urnendoppelgrabstätten in der Gemeinschaftsanlage „Baumfrieden“ - für 30 Jahre            - je Grabstätte: - Verlängerung            - je Jahr und Grabstätte:	3.270,00 € 109,00 €
14.	Urneneinzelgrabstätten in der Gemeinschaftsanlage „Pastors Garten“ - für 30 Jahre            - je Grabstätte:	1.635,00 €
15.	Urnendoppelgrabstätten in der Gemeinschaftsanlage „Pastors Garten“ - für 30 Jahre            - je Grabstätte: - Verlängerung            - je Jahr und Grabstätte:	3.270,00 € 109,00 €
16.	Umwandlung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte in das Nutzungsrecht an einer pflegefreien Grabstätte gemäß § 12 (3) und § 13 (6) der Friedhofsordnung. Die Gebühr dient zur Finanzierung der Kosten für die Herstellung und Unterhaltung der Bestattungsfläche bis zum Ablauf der Ruhezeit sowie der Unterhaltung der Friedhofsanlage und seiner Einrichtungen, Wasser, Abfallentsorgung sowie Überwachung der Verkehrssicherheit. Gebühren werden für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben. Nutzungsgebühr - für ein Erdbestattungsgrab je Jahr und Grabstelle:	33,00 €
17.	Erweiterung des Nutzungsrechts bei Wahlgrabstätten und Urnwahlgrabstätten gemäß § 11 (5) der Friedhofsordnung, die Gebühr a) enthält anteilig, grabflächenunabhängige Friedhofsunterhaltungsleistungen. a) Nutzungsgebühr für eine zusätzliche Urnenbestattung (einmalig) b) zzgl. Verlängerungsgebühr der jeweiligen Grabart (nach Ziffer 2 bzw. 4) zur Anpassung an die neue Ruhezeit	351,00 €

Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren möglich.

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung sowie die Umwandlung des Nutzungsrechtes wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

II. Gebühren für die Bestattung:

Für das Ausheben und Verfüllen der Gruft, Ablegen der Kränze:

1.	für eine Erdbestattung - in Grabstätten für Verstorbene ab dem 6. Lebensjahr: - in Grabstätten für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr:	535,50 € 238,00 €
2.	für eine Urnenbestattung:	238,00 €
3.	Der Mehraufwand für erforderliche Arbeiten im Zusammenhang mit dem Ausheben der Gruft, wie die Entfernung von Grabmalen, Einfassungen, Bepflanzungen o.ä. wird nach tatsächlichem Aufwand abgerechnet. - gemäß Rechnung	
4.	Aufschlag für Bestattungen an Samstagen - für eine Erdbestattung (ab 6. Lebensjahr) - für eine Erdbestattung (bis zum vollendeten 5. Lebensjahr) - für eine Urnenbestattung	267,75 € 119,00 € 119,00 €

III. Verwaltungsgebühren:

1.	Prüfung der Anzeige eines stehenden Grabmals einschließlich Anteil Standsicherheitsprüfung - je Grabmal:	125,20 €
2.	Prüfung der Anzeige bzw. Bearbeitung Bestellvorgang zur Aufstellung von Grabzeichen ohne Standsicherheitsprüfungspflicht, einer Grabanlage oder Teile einer Grabanlage - je Anzeige:	35,20 €

